

# Für Wachstum und Beschäftigung

- Beschluß des Bundesvorstandes  
der Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands  
am 15. Januar in Windhagen



## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>1. Den Standort Deutschland sichern</b>	<b>3</b>
<b>2. Die Wirtschaftskraft entfalten</b>	<b>7</b>
2.1 Innovative Techniken fördern	7
2.2 Bildung und Qualifizierung	10
2.3 Rahmensetzung der Haushalts- und Finanzpolitik	11
2.4 Deregulierung und Privatisierung	12
2.5 Sicherung der deutschen Position auf den Weltmärkten	14
2.6 Förderung des Mittelstandes	15
2.7 Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern	16
2.8 Erschließung neuer Beschäftigungsfelder	17
<b>3. Die Beschäftigung fördern</b>	<b>18</b>
3.1 Ursachen der Arbeitslosigkeit	18
3.2 Herausforderungen an die Tarifpartner	19
3.2.1 Neue Wege in der Lohn- und Gehaltspolitik	19
3.2.2 Flexibilisierung der Arbeitszeit	20
3.3 Schärfung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik	22



# 1. Den Standort Deutschland sichern

In den vergangenen elf Jahren sind auch durch die Politik der CDU-geführten Bundesregierung im Westen unseres Landes über drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Die wirtschaftliche Entwicklung war von einem stetigen Wachstum, beträchtlichen Reallohnsteigerungen, Leistungsverbesserungen für Familien und sozial Schwache sowie beachtlichen Unternehmensgewinnen geprägt. Die auf eine schnelle Vollendung der Einheit Deutschlands gerichtete Politik erhielt dadurch ihre ökonomische Grundlage und führte zu einer durch die Nachfrage aus den neuen Ländern belebten Sonderkonjunktur. So konnte Deutschland für zwei Jahre aus den Strudeln der weltweiten Rezession herausgehalten werden. Außerdem trafen uns die wirtschaftlichen Konsequenzen der Öffnung Osteuropas zunächst nicht mit voller Härte.

Daß die konjunkturelle Schwäche nun auch in Deutschland spürbar ist, hat seine Ursachen jedoch nicht nur in äußeren Faktoren, die durch die deutsche Politik schwer zu beeinflussen sind. Unsere gegenwärtige Krise läßt sich auch wesentlich auf strukturelle Defizite des Wirtschaftsstandortes Deutschland zurückführen. Offensichtlich hat die deutsche Volkswirtschaft nicht ausreichend auf die sich schnell ändernden Rahmenbedingungen des Weltmarktes reagiert:

## ● Neue Technologien bestimmen die Zukunft

Moderne Technik ist heute nahezu überall verfügbar — die Welt ist enger zusammengerückt. Der in Westdeutschland erworbene technologische Vorsprung schmilzt angesichts hervorragender Leistungen in anderen Teilen der Welt ab. Sind aber die Produkte aus anderen Teilen der Welt mit den unseren qualitativ vergleichbar, bestimmt im Wettbewerb zunehmend der Preis die Nachfrage.

Länder wie die USA und Japan haben auf die neue industrielle Revolution, in der Zukunftstechnologien nahezu alle Branchen durchdringen und radikal verändern, mit enormen Anstrengungen im Hochtechnologiebereich reagiert. Europa und Deutschland haben mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten.

## ● Die Standortkonkurrenz verschärft sich

Mit der Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa ist in unserer unmittelbaren Nachbarschaft neue Konkurrenz für Investitionen und



Beschäftigung entstanden. Die bisher nur in sehr bescheidenem Wohlstand lebenden Menschen in den Staaten Mittel- und Osteuropas sind bereit, zu konkurrenzlos niedrigen Löhnen und bei lediglich geringer sozialer Absicherung hochmotiviert zu arbeiten. Dabei sind auch dort viele gut qualifiziert.

Neue Konkurrenz entsteht auch in vielen Schwellenländern Südostasiens. Die Stärken dieser Länder sind ebenfalls niedrige Lohnkosten, Marktnähe sowie flexible und motivierte Arbeitskräfte.

### ● Die Märkte wachsen zusammen

Die gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Vernetzungen in der Welt nehmen zu. Deutschland sucht als exportorientiertes Land Märkte auf allen Kontinenten. Wir müssen daher besonders auf faire Bedingungen und die Einhaltung der Spielregeln des Welthandels drängen, denn freier Welthandel schafft Vorteile für alle.

Zusätzlich hat Deutschland die große Herausforderung der Vollendung der inneren Einheit zu bewältigen. Der Übergang von einer unproduktiven zentralen Planwirtschaft zu einer produktiven Volkswirtschaft ist ohne Beispiel. Der vollständige Umbau der sozialistischen Kommandowirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern erfordert auch am Arbeitsmarkt Anpassungen, wie sie nach Art und Ausmaß bisher unbekannt waren.

Verdeckte Arbeitslosigkeit in Ost-Betrieben, die unter der Diktatur der SED ihr Plansoll an Beschäftigung erfüllen mußten, auch wenn dies unwirtschaftlich war, tritt offen zu Tage. Früher durch den Plan gesicherte Produktionszahlen in veralteten Betrieben sind in der Konkurrenz der Produkte auf dem freien Markt nicht mehr zu realisieren. Die Erneuerung der veralteten Maschinenparks, wo auf Kosten der Menschen und der Umwelt produziert wurde, erfordert immensen Kapitaleinsatz. Um den technologischen Rückstand aufzuholen, bedarf es auch erheblicher Qualifizierungsanstrengungen. Vor allem aber mangelt es in den neuen Ländern immer noch an einem breiten, leistungsfähigen Mittelstand. Nachdem er in den vierzig Jahren der DDR systematisch zerstört und diskriminiert worden ist, kann er sich nur schrittweise entwickeln.

Grundsätzlich haben sich die Knappheiten der Produktionsfaktoren geändert: Knapp ist nicht die Arbeitskraft, die zudem mit hohen Kosten belastet ist, knapp sind vielmehr neue technische Ideen, kaufmännischer Sachverstand und unternehmerischer Wagemut, aber auch die ökologischen Ressourcen.

Mit dem Beschluß des CDU-Bundesausschusses vom 18. Juni 1993: „Thesen zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ wurde die Strategie



zur Bewältigung dieser Herausforderung entwickelt. Die Politik der CDU ist dabei insgesamt darauf ausgerichtet, Wachstums- und Innovationskräfte der Wirtschaft zu stärken und so mittel- und langfristig einen Beitrag für dauerhaft sichere Arbeitsplätze in Deutschland zu leisten. Denn in der Sozialen Marktwirtschaft können nur Unternehmer dafür sorgen, daß durch Innovationen neue Produkte für neue Märkte entstehen und damit Beschäftigung gesichert und geschaffen wird.

Der Standortbericht der Bundesregierung hat wesentliche Aussagen des CDU-Beschlusses aufgegriffen, die Bundesregierung hat einige wichtige Folgerungen bereits im Rahmen eines Standortsicherungsgesetzes und zahlreicher anderer Gesetze sowie durch internationale Vereinbarungen umgesetzt:

- Von zentraler Bedeutung für die Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Deutschland ist die Entlastung der Unternehmen von Abgaben in Form von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und Gebühren. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes im Rahmen der Steuerreform 1990 und die Erleichterungen bei der Gewerbe-, der Vermögen- und der Erbschaftsteuer waren erste wichtige Schritte zur Senkung der Unternehmensbelastung.
- Mit dem Standortsicherungsgesetz wird die Besteuerung von einbehaltenen Unternehmensgewinnen und gewerblichen Einkünften auf das niedrigste Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gesenkt.
- Die Kompensation der Mehrbelastung für die Unternehmen bei Einführung der Pflegeversicherung ist ein Signal an Unternehmer, in Deutschland zu investieren. Denn dadurch wird deutlich: Der Umbau des Sozialstaates muß nicht mit Belastungen der Wirtschaft einhergehen.
- Mit dem neuen Arbeitszeitrechtsgesetz stellt die Bundesregierung die Weichen für eine Flexibilisierung und bessere Entkopplung von Maschinenlaufzeiten und Arbeitszeiten zur Förderung der Produktivität und der Lebensqualität.
- Endlich konnte das Gentechnik-Gesetz so geändert werden, daß diese moderne Technologie auch in Deutschland entwickelt und für die Produktion und den Absatz neuer zukunftsträchtiger Güter besser genutzt werden kann.
- Die Reform der Deutschen Bahnen ist unter Dach und Fach. Die in der Folge entstehenden, privat geführten Bahnunternehmen werden den öffentlichen Personen- und Güterverkehr schneller und preiswerter machen.



- Auch die Postreform macht Fortschritte. Ziel ist die Schaffung leistungsfähiger Kommunikationsunternehmen, die sich auch am Weltmarkt behaupten können.
- Mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz ist es zukünftig einfacher, in Deutschland Investitionen zu tätigen und hierfür die notwendige Infrastruktur zu schaffen.
- Die maßgeblich auch von Deutschland vorangetriebene Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes verstärkt die Wirtschaftsbeziehungen innerhalb dieses größten zusammenhängenden Wirtschaftsraums der Welt. Dies wird mittelfristig eine wichtige Quelle unseres Wohlstandes sein und neue Arbeitsplätze schaffen.
- Für den erfolgreichen Abschluß der GATT-Verhandlungen war die deutsche Bundesregierung mit Helmut Kohl an der Spitze der Motor. Wie die Wirtschaftsinstitute übereinstimmend feststellen, werden auch hiervon wertvolle Impulse für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land ausgehen.

Die CDU ist davon überzeugt, daß ihre Strategie des Wachstums zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland richtig ist und Wohlstand sowie hohe Beschäftigung in Zukunft sichert. Vor allem dazu müssen die politischen Kräfte gebündelt werden. Um die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Wandels zu mindern und Anpassungsprozesse am Arbeitsmarkt zu beschleunigen, ist es notwendig, diesen Prozeß der Stärkung der Wirtschaftskraft durch eine geeignete Arbeitsmarktpolitik zu begleiten.

Darüber hinaus ist ein massiver Vorstoß in neue Technologien, industrielle Felder und zukunftsorientierte Dienstleistungen notwendig. Wir müssen in Deutschland erheblich mehr in die Technologien investieren, in denen wir noch führend sind oder in denen Rückstände aufgeholt werden können.

In dieser Situation gilt es aber auch, den Bürgern zu sagen, daß die Rezession und der Umbau der Wirtschaft für einige Zeit Belastungen mit sich bringen und gemeinsame Anstrengungen notwendig machen. Denn wenn einerseits ineffizient gewordene Strukturen abgebaut werden und andererseits neue leistungsfähige Strukturen entstehen, verursacht dies vorübergehend besondere Anpassungskosten und verminderte Beschäftigung. Deshalb bedarf es der Mitwirkung und des solidarischen Eintretens eines jeden einzelnen für die sozialverträgliche Bewältigung der Strukturkrise. Der Wandel fordert den Unternehmer und Arbeitnehmer, den Gewerkschafter und Arbeitgeber, den Politiker und alle gesellschaftlichen Gruppen. Eine Aufbruchstimmung ist notwendig, in der überkommene Gewohnheiten in Frage gestellt werden, damit neue Ziele erreichbar sind.



## 2. Die Wirtschaftskraft entfalten

Eine gesunde und zukunftsorientierte Wirtschaft als Quelle des Wohlstands, als stabiles Fundament für soziale Gerechtigkeit und im Einklang mit einer lebenswerten Umwelt kann in Deutschland dauerhaft nur geschaffen und erhalten werden, wenn wir die Herausforderung des notwendigen Strukturwandels annehmen und die sich bietenden Chancen nutzen. Hierzu bedarf es der Förderung der Forschung und innovativer Techniken, der Qualifikation der Menschen, solider Staatsfinanzen, weiterer Deregulierung und Privatisierung, der Sicherung und weiteren Entwicklung unserer Position auf den Weltmärkten, der aktiven Unterstützung des Mittelstandes, der weiteren Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern und der Erschließung neuer Beschäftigungsfelder.

Doch der politische Rahmen allein kann mehr Wachstum und Beschäftigung nicht sicherstellen. An den Werkbänken und Schreibtischen, in Fabrikhallen und Chefetagen müssen motivierte und qualifizierte Menschen den Wandel wollen und gestalten.

Vordringlich ist die Schaffung eines politischen Klimas, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer Eigeninitiative und Selbständigkeit entfalten können. Aus Selbständigkeit erwachsen Kreativität, Verantwortung und Flexibilität, sie muß deshalb wieder zu einem bestimmenden Faktor unserer Gesellschaft werden. So können wir der Gefahr begegnen, daß uns nicht die Arbeit, sondern die Arbeitgeber ausgehen.

Eine Schlüsselstellung beim Umbau der Wirtschaftsstruktur kommt dem selbständigen Unternehmer zu. Durch seine Entscheidungen werden Arbeitsplätze geschaffen oder vernichtet, Innovationschancen genutzt oder verspielt. Er entscheidet maßgeblich über Erfolg oder Mißerfolg, Expansion oder Niedergang. Wir wollen, daß wieder mehr Menschen den Schritt in die Selbständigkeit wagen und daß diese Existenzgründer engagiert und verantwortungsvoll ihre Aufgabe wahrnehmen können.

### 2.1 Innovative Techniken fördern

Wir brauchen eine Rückbesinnung auf die Fähigkeit und Bereitschaft zur Innovation. Die CDU steht an der Seite der Unternehmer, Arbeitnehmer und Wissenschaftler, die sich dieser Herausforderung stellen. Sie wendet sich gegen alle Tendenzen, technischen Fortschritt pauschal als Gefahr für die



Menschheit zu diffamieren. Auf unserer Welt leben täglich 280.000 Menschen mehr. Hieraus erwächst eine besondere Verantwortung für die Industrienationen. Nur durch die Nutzung neuer Technik können die weltweiten Engpässe bei der Energieversorgung, bei der Ernährung, in der Gesundheitsvorsorge, bei den Rohstoffen und bei den natürlichen Lebensgrundlagen beseitigt werden. Wer sich der Innovation verweigert, verspielt die Chancen zur besseren Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen unserer Zeit.

Unser Platz an der Spitze der Weltwirtschaft und das Ziel, unseren Lebensstandard zu erhalten, verpflichten uns, in wichtigen Bereichen technologisch und organisatorisch besser zu sein als andere. Nur wenn wir am weltweiten Austausch von Technologien als führender, leistungsfähiger Partner teilnehmen, werden wir weiterhin eine bedeutende Rolle in der zunehmend arbeitsteiligen Welt einnehmen. Angesichts der Anstrengungen in anderen Ländern bedarf es bei uns eines neuen Aufbruchs:

- Mit Wissenschaft und Wirtschaft wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, in Forschung und Entwicklung erzielte Ergebnisse beschleunigt in marktfähige Produkte umzusetzen. Der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis muß verstärkt werden. Es darf nicht so bleiben, daß in Deutschland entwickelte Patente überwiegend im Ausland genutzt werden.
- Zur Unterstützung und Bündelung der privaten und staatlichen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen in den wichtigen Zukunftsbranchen, z.B. in der Bio- und Gentechnik, bei neuen Werkstoffen sowie bei neuen Energie-, Umwelt- und Verkehrstechniken, soll ein Nationaler Technologierat geschaffen werden.

Er soll als Instrument des öffentlichen Dialogs über technische Entwicklungsrichtungen Vorschläge unterbreiten, wie Forschungsvorhaben und Fördermittel auf bestimmte zukunfts-trächtige Bereiche konzentriert werden können und wie der Technologietransfer beschleunigt werden kann.

- Zukunftsträchtige Entwicklungen dürfen nicht am Mangel von Risikokapital scheitern. Am regulären Kapitalmarkt stehen unter den Bedingungen der normalen Kreditvergabe keine ausreichenden Mittel für risikobehaftete Personal- und Sachinvestitionen zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit den Banken wollen wir sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern steuerbegünstigtes Venture-Capital bereitstellen. Die CDU erwartet, daß die im Solidarpakt zugesagte Milliarde der Kreditwirtschaft vor allem risikobereiten Existenzgründern in den neuen Ländern zur Verfügung gestellt wird.

- Auch im Interesse der Exportchancen der deutschen Wirtschaft müssen die Weichenstellungen in der Energiepolitik schnell vorgenommen werden. Die CDU bekennt sich zu Deutschland als Standort einer kostengünstigen,



sicheren und ökologisch verantwortbaren Energieerzeugung unter Einbeziehung der Kernkraft. Zukunftsweisende Verfahren der Energieerzeugung, wie z.B. die Nutzung alternativer Energieträger, effizientere Energieausschöpfung, aber auch inhärent sichere Kernkraftwerke, sowie energiesparende Produkte vom Drei-Liter-Auto bis zum Niedrig-Energie-Haus sollen in Deutschland entwickelt, erprobt, eingesetzt und damit zugleich exportfähig gemacht werden.

● Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur muß zügig vorangetrieben werden, hierfür werden zunehmend auch private Finanzierungsquellen erschlossen. Gerade im Bereich des schienengebundenen Transports eröffnen sich durch die beschlossene Privatisierung der Bahn neue Chancen für innovative und umweltgerechte Verkehrskonzepte. Auch für den Betrieb und Neubau von Straßen soll privates Kapital mobilisiert werden. Insbesondere ist zu prüfen, wo notwendige neue Straßentunnel und Brückenbauwerke privat gebaut und betrieben werden können.

Beim Neu- und Ausbau von Straßen- und Schienenwegen und bei der Entwicklung neuer Verkehrsleitkonzepte für die Straße sollen verstärkt Technologien zur Anwendung kommen, bei denen die deutsche Industrie eine Vorreiterrolle in der Welt hat. Der Bau einer Referenzstrecke der Magnetschwebebahn „Transrapid“ ist daher ebenso unverzichtbar wie der verstärkte Einsatz des Hochgeschwindigkeitszuges ICE.

Die Schnittstellen von individuellem und öffentlichem Verkehr müssen besser miteinander verknüpft werden, damit sich die Leistungsvorteile der einzelnen Verkehrsträger optimal ergänzen.

● Die Kommunikationstechnik ist der weltweit bedeutendste Wachstumsmarkt. Die zu privatisierenden Unternehmen der Post machen die Kommunikation in Deutschland schneller und preiswerter. Dies verbessert nicht nur die Aussichten, auch zukünftig leistungsfähige Unternehmen in Deutschland anzusiedeln, sondern fördert auch den Absatz und Export hochwertiger Anlagen. Darüber hinaus werden sich nur moderne und leistungsfähige Kommunikationsunternehmen im internationalen Wettbewerb, besonders auch in Mittel- und Osteuropa, behaupten können.

● Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist eine Schlüsseltechnologie mit mittel- und langfristig großen Wachstumschancen. Wir wollen die Rahmenbedingungen für diese Zukunftstechnologie verbessern, indem wir die staatliche Förderung neu strukturieren und die europäische Kooperationsfähigkeit der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie fördern.

● Die CDU will auch zukünftig den Einsatz moderner Technologien im Umweltschutz vorantreiben. Der Bereich des Umweltschutzes ist zu einem expandierenden Betätigungsfeld insbesondere für mittelständische



Unternehmen geworden. Insgesamt 680.000 Arbeitnehmer finden dort eine Beschäftigung. Bei der Weiterentwicklung der Umweltpolitik ist verstärkt darauf zu achten, daß daraus keine einseitigen Belastungen der deutschen Wirtschaft resultieren. Deutschland muß gerade bei der gegenwärtig angespannten Konjunkturlage sowie angesichts der strukturellen Herausforderungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland nachhaltig darauf drängen, daß andere europäische Mitbewerber ihre jeweiligen Umweltschutzstandards entsprechend anpassen. Durch die Errichtung eines internationalen Umwelttechnologiezentrums in den neuen Ländern könnte dem umweltpolitischen Fortschritt gerade auch in Mittel- und Osteuropa Nachdruck verliehen werden.

## 2.2 Bildung und Qualifizierung

Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung sind wesentliche Grundlagen der Zukunftssicherung des Standortes Deutschland. Unser Bildungswesen entscheidet maßgeblich darüber, wie wir die Probleme unserer Gesellschaft von morgen lösen. Wissenschaft und Forschung entscheiden über Wohlstand und Arbeitsplätze der Zukunft. Unübersehbare Fehlentwicklungen in Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen deshalb jetzt angegangen werden. Die CDU hat hierzu im September 1993 ein bildungspolitisches Programm beschlossen:

- Die Umsetzung des Konzeptes einer humanen, die persönlichen Begabungen unterstützenden und Leistung fördernden Schule soll unser Schulsystem verbessern. Das Abitur soll nach zwölf Jahren absolviert werden.
- Das duale Ausbildungssystem muß attraktiver werden. Es muß einerseits leistungsstärkeren Jugendlichen noch mehr Alternativen zum Studium bieten; andererseits muß es mehr praktisch begabten Jugendlichen über eigene Ausbildungsordnungen zu einem beruflichen Abschluß verhelfen.
- Berufsakademien als duale Ausbildungsform im tertiären Bereich sollten bundesweit eingeführt und anerkannt werden.
- Zur Verwirklichung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung bedarf es sowohl der Veränderung in der Personalpolitik der Unternehmen als auch struktureller Änderungen im Dienst- und Besoldungsrecht des öffentlichen Dienstes. Die formale Berufsqualifikation darf gegenüber der tatsächlichen fachlichen Eignung nicht überbewertet werden. Laufbahnen sind also zu öffnen.
- Die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems muß gestärkt werden. Die Selbstverwaltung der Hochschulen ist zu erweitern, die Lehre ist zu verbessern, Leistungsanreize für ein kurzes Studium sind einzuführen, die



Studienzeiten sind durch eine Studienstrukturreform zu verkürzen, mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen ist zu verwirklichen, außerdem sind die Mitwirkungsrechte der Hochschulen bei der Zulassung der Studenten zu erweitern. Die Hochschulen sollten sich auch verstärkt in der Weiterbildung engagieren.

- Die Bedeutung der Fachhochschulen muß erhöht werden.
- Zur Sicherung von Zukunftschancen ist auch das gemeinsame Eintreten von Wissenschaft, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen und Staat für mehr Wirtschafts- und Technikfreundlichkeit sowie Forschungsakzeptanz in unserer Gesellschaft notwendig.
- Zur Verbesserung von Ausbildung und Qualifizierung gehört auch, herausragende Fähigkeiten zu erkennen und zum Beispiel auch in Eliteschulen zu fördern. Denn wir brauchen eine geistige Elite, um vor den großen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu bestehen.
- Lebenslange berufliche Weiterbildung ist eine eigenverantwortliche Aufgabe für jeden einzelnen. Staat, Kommunen, freie Träger, Unternehmen und Organisationen der Wirtschaft müssen die notwendigen Angebote bereitstellen und ausbauen.

## 2.3 Rahmensetzung der Haushalts- und Finanzpolitik

Das Investitionsklima in der Bundesrepublik Deutschland wird maßgeblich auch durch den wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmen des Staates bestimmt. Wenn die staatlichen Kassen und die Sozialversicherungen den überwiegenden Teil des in Deutschland Erwirtschafteten in Anspruch nehmen, verlieren unternehmerische Eigeninitiative und Marktmechanismen zunehmend an Bedeutung. Der Staat muß sich deshalb auf die Erfüllung von Aufgaben beschränken, die nicht vom privaten Sektor mindestens genauso gut erledigt werden können. Bei Erledigung öffentlicher Aufgaben durch Private sorgt er aber dafür, daß diese Aufgaben in Verantwortung für das Gemeinwohl erfüllt werden.

Der erhebliche Anstieg der Staatsquote war aufgrund der deutschen Einheit erforderlich. Umso notwendiger sind jetzt gezielte Maßnahmen der Rückführung auf das Normalmaß:

- Die Staatsquote sollte nach 1995 bis zum Jahr 2000 schrittweise wieder auf das Niveau vor der Vereinigung gesenkt werden. Damals lag sie bei etwa 46 Prozent.



- Zum Kurs der konsequenten Haushaltskonsolidierung mit einer wirksamen Rückführung der Netto-Neuverschuldung gibt es keine Alternative. Ein hochverschuldeter Staat wird auf Dauer immer ein sozial ungerechter Staat sein, da er zusätzliche Steuern auf Arbeitseinkünfte und Verbrauch erheben muß.
- Die nach Einführung der Pflegeversicherung bei den Kommunen verbleibenden neuen Finanzierungsspielräume müssen neben der Verbesserung der sozialen Infrastruktur vor allem auch zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte genutzt werden.
- Die Eckpunkte für weitere Unternehmensteuerentlastungen sind zügig festzulegen.
- Die Politik einer Vereinfachung des Steuer- und Subventionsrechts ist konsequent fortzuführen, auch, um Steuer- und Subventionsbetrug zu verhindern.
- Neben den staatlichen Haushalten leisten auch die Kassen der Sozialversicherungen einen wichtigen Beitrag zur Vollendung der sozialen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Es ist anzustreben, daß versicherungsfremde Leistungen künftig nicht mehr von den Beitragszahlern, sondern aus Steuermitteln finanziert werden. Insbesondere das Finanzierungskonzept der Bundesanstalt für Arbeit sollte in diesem Sinne reformiert werden.
- Viele Unternehmen haben sich im Umstrukturierungsprozeß auf Kosten der Sozialkassen entlastet. Diese Kosten müssen zukünftig nach der Sanierung an die sozialen Sicherungssysteme zurückgegeben werden.
- Jede Form staatlicher Förderung muß dem Prinzip Rechnung tragen, Zukunft zu ermöglichen anstatt Vergangenheit zu erhalten. Dies wird den Bürgern mehr und mehr bewußt. Deshalb ist eine stärkere Umschichtung von Finanzmitteln aus bisher subventionierten Bereichen in zukunftssträchtige Projekte der Infrastruktur und moderner Technologien vorzunehmen. Dabei sind Subventionen zu begrenzen und degressiv auszugestalten, um das Subventionsniveau insgesamt zu senken.
- Die Deutsche Bundesbank bleibt aufgefordert, die Politik der Bundesregierung im Rahmen des stabilitätspolitischen Auftrags nachhaltig zu unterstützen, denn auch die Geld- und Zinspolitik hat großen Einfluß auf die Konjunktur und den Strukturwandel in Deutschland.

## 2.4 Deregulierung und Privatisierung

Die CDU tritt für die Durchforstung des Gestrüpps gesetzlicher Regelungen und für Privatisierung ein. Dadurch werden Finanzierungs-, Rationalisie-



rungs- und Kreativitätspotentiale geweckt; für mittelständische Eigeninitiative und neue Dynamik an der Stelle schwerfälliger staatlicher Bürokratie und Lenkung bieten sich große Chancen. Deshalb hält die CDU folgende Schritte für notwendig:

- Zum Aufbrechen gewachsener Verkrustungen und zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit gehört auch eine vorbehaltlose Prüfung der gewachsenen Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten. Von Leistungen, die auch private Anbieter bei gleicher Qualität und Sozialverträglichkeit ebenso bereitstellen können, hat sich die öffentliche Hand zurückzuziehen. Die entsprechenden öffentlichen Bereiche sind in Unternehmen umzuwandeln und in private Hand zu überführen, die Haushaltssatzungen sind entsprechend zu ändern. Dort, wo das öffentliche Interesse rein marktwirtschaftliche Lösungen nicht erlaubt, sollen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst freigemeinnützige Träger diese Aufgaben wahrnehmen. Auf allen Ebenen ist dafür Sorge zu tragen, daß private und öffentliche Anbieter steuerlich gleichbehandelt werden.
- Ausstattungsstandards sind daraufhin zu überprüfen, ob sie eine Privatisierung behindern.
- Der Bund muß die Privatisierung der Bahn und der Post zügig abschließen, sowie Bundesbeteiligungen, etwa an der Deutschen Lufthansa, veräußern. Dort, wo noch Monopole bestehen, müssen für den Übergang zügig Maßnahmen der Deregulierung und Lizenzierung für Freiräume sorgen.
- Auf kommunaler Ebene und Landesebene sollen Ver- und Entsorgungseinrichtungen, z.B. für Energie und Wasser, sowie Verkehrs- und weitere Infrastruktureinrichtungen privatisiert werden. Wo privatisiert wird, muß allerdings auch der Wettbewerb sichergestellt werden, Pseudoprivatisierungen, bei denen die öffentliche Hand Mehrheitsteilhaber des Unternehmens bleibt, verfehlen das Ziel.
- Auch im Bereich der sozialen Aufgaben und der Bildungseinrichtungen kann durch Überführung an freigemeinnützige Träger ein Privatisierungseffekt erzielt werden.
- Im Wohnungsbau wie bei der Erstellung neuer Anlagen und Betriebsteile muß das staatliche Genehmigungswesen in der Regel zu einem reinen Abnahmewesen zurückentwickelt werden. Die Einhaltung der einschlägigen Rechtsvorschriften ist dann Sache des Bauherrn, er haftet auch bei eventuellen Schäden. Dort, wo Genehmigungsverfahren auch weiterhin unerlässlich sind, müssen Laufzeiten deutlich verkürzt und Verfahren wesentlich vereinfacht werden. Es ist zu prüfen, wo hoheitliche Genehmigungstätigkeit an Selbständige übertragen werden kann.



- Deregulierung im Wohnungsbau muß durch eine weitere Stärkung der subjektbezogenen Wohnbau- und Mieterförderung begleitet werden, um bezahlbaren Wohnraum auch für geringverdienende Haushalte bereitzustellen.
- Vorschriften, die ohne schwerwiegenden Grund Behinderungen der wirtschaftlichen Tätigkeit und Beschäftigung verursachen, müssen abgeschafft werden. Die Erfahrungen anderer Industriestaaten sind dafür umfassend auszuwerten. Eine solche bewertende Analyse sollte auch für das Ladenschlußgesetz gelten; es muß nach Anhörung der Betroffenen, also Verbrauchern, Arbeitnehmern und Einzelhändlern, gelockert und damit an die veränderten Bedingungen angepaßt werden. Das Rabattgesetz ist abzuschaffen.

## 2.5 Sicherung der deutschen Position auf den Weltmärkten

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße exportabhängig; jeder dritte Beschäftigte arbeitet bereits für den Export, davon allein 70 Prozent für den Binnenhandel in der Europäischen Union. Die Bedeutung des Außenhandels wird in Zukunft noch zunehmen. Neben der Sicherung und Pflege bestehender Märkte müssen deshalb über den Wirtschaftsraum des Europäischen Binnenmarktes hinaus auch die Wirtschaftsbeziehungen mit der übrigen Welt nach einem strategisch abgestimmten Konzept ausgebaut werden.

Sprachbarrieren, unterschiedliche Rechtsordnungen und voneinander abweichende technische Standards bilden häufig gerade für mittelständische Unternehmer unüberwindbare Hürden, sich im Export zu engagieren. Durch den Ausbau deutscher Handelsvertretungen im Ausland könnten mit den Gepflogenheiten des Landes vertraute Unternehmer sowie Mitarbeiter staatlicher Organisationen z.B. durch Schulung und Ausbildung sowie auch durch die Bereitstellung von Infrastruktur verstärkt Starthilfe leisten. Bei der Konzeption von Großprojekten im Ausland ist eine aktive Exportförderung (Information und Kontaktvermittlung) durch die deutschen Repräsentanzen unerlässlich.

Ziel muß es sein, daß sich deutsche Unternehmen oder Bietergemeinschaften grundsätzlich an jeder größeren Ausschreibung im Ausland beteiligen. Eine wichtige Voraussetzung dafür, in allen Betätigungsfeldern im Ausland auch anbieten zu können, ist die Privatisierung bisher staatlicher Leistungen.

Einen wertvollen Beitrag für die Exportförderung leisten die Initiativen der Wirtschaftsorganisationen und der Bundesregierung, etwa im Rahmen der Arbeit des Asien-Pazifik-Ausschusses, und die Exportkooperationen mittel-



ständischer Unternehmen. Die Zusammenarbeit hier ist zu vertiefen, strategisch auszurichten und entsprechend auf Lateinamerika und Afrika auszuweiten.

Die Öffnung der Grenzen für Arbeit, Kapital, Waren und Dienstleistungen erfordert längere und schwierige Anpassungsprozesse bei uns und in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Die Europäische Union hat Abkommen geschlossen, um die berechtigten Interessen in Deutschland und Europa zum Ausgleich zu bringen. Die Abkommen dürfen sich jedoch nicht zu einem protektionistischen Instrument auf Dauer entwickeln.

Die Ergebnisse des erfolgreichen Abschlusses der Uruguay-Runde des GATT müssen weiterentwickelt werden, um auch nicht-tarifäre Handelshemmnisse auszuräumen.

Eine enge Verzahnung nationaler Maßnahmen mit der Wachstumsinitiative der Europäischen Union ist unerlässlich. Sie darf nicht allein auf die Fortentwicklung der Arbeitsteilung innerhalb der Union ausgerichtet sein, sondern muß sich am Leitbild des handelsoffenen Europas orientieren.

## 2.6 Förderung des Mittelstandes

Breite, vielfältige und damit relativ konjunktur- und strukturstable Beschäftigung wird vom Mittelstand getragen. Über vier Jahrzehnte war der wirtschaftliche Erfolg und die technische Entwicklung in unserem Land maßgeblich durch den Unternehmer geprägt, der seinen Betrieb selbst aufgebaut, geleitet und entwickelt hat. 2,1 Millionen kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen zwei Drittel aller Arbeitnehmer der privaten Wirtschaft im Westen.

Eine mittelständische Wirtschaftsstruktur kann jedoch nur erhalten werden, wenn wieder verstärkt risikofreudige und leistungsbereite Menschen das Wagnis der Selbständigkeit auf sich nehmen und neue Marktchancen nutzen. Die Förderung von Existenzgründungen ist daher auch im Westen unseres Landes wieder zu intensivieren. Wir brauchen eine Existenzgründungsoffensive, insbesondere bei der Eigenkapitalbildung.

In besonderer Weise gilt dies für außergewöhnliche Innovationen, die ein hohes Risiko, aber auch hohe Chancen bergen. Oft mangelt es am notwendigen Startkapital, ohne das die Entwicklung oder Produktionsaufnahme unmöglich ist. Venture-Capital kann hier helfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern hängt nicht zuletzt vom Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstandes ab. Bereits heute stellen die kleinen und mittelständischen Betriebe den weit überwiegenden Teil der Ausbildungsplätze in den neuen Ländern bereit. Bei Mittelständlern vollzieht sich darüber hinaus der deutlichste Beschäftigungsaufbau.



Das beste und zugleich kostengünstigste Mittelstandsprogramm ist die zügige Privatisierung in West und Ost. Hier können private Initiative und privates Kapital mobilisiert sowie Zeitgewinne und höhere Effizienz bei Produkten und Produktionsverfahren erzielt werden.

## 2.7 Förderung der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern

Der Umbau der sozialistischen Kommandowirtschaft zu einer modernen und leistungsfähigen Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern macht unübersehbare Fortschritte. Die Treuhandanstalt kommt mit der Privatisierung gut voran, obwohl ihre Aufgabe schwierig und undankbar ist. Von den über 13 000 Staatsbetrieben sind nahezu 90 Prozent in private Hand überführt. Über 2 500 Ausgründungen, 4 000 Unternehmensrückgaben und 20 000 Privatisierungen im Handel bilden eine wichtige Grundlage für den Aufbau eines breiten Mittelstandes. Zusagen für fast 1,5 Millionen Arbeitsplätze und Investitionen in Höhe von 180 Mrd. DM allein bei den ehemaligen Treuhandbetrieben sind eine solide Basis für den Aufbau Ost.

Der tiefgreifende politische und wirtschaftliche Umbruch in Osteuropa bedeutete jedoch für viele ostdeutsche Unternehmen auch den Verlust angestammter Absatzmärkte. Die Erschließung neuer Absatzmärkte mit Produkten, die in Qualität und Preis dem Weltstandard entsprechen, ist deshalb von herausragender Bedeutung für die wirtschaftliche Zukunft Ostdeutschlands. Die westdeutsche Wirtschaft bleibt dabei zu aktiver Mithilfe aufgefordert. Die CDU begrüßt nachdrücklich die Zusage der westdeutschen Wirtschaft, im Rahmen ihrer „Einkaufsoffensive neue Bundesländer“ ihr Einkaufsvolumen trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Situation in den neuen Bundesländern von 1992 bis 1995 auf 50 Mrd. DM zu verdoppeln. Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Absatzstützung leisten die von der Bundesregierung beschlossenen Präferenzregelungen für ostdeutsche Betriebe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Inzwischen werden fast 20 Prozent der öffentlichen Aufträge des Bundes an ostdeutsche Unternehmen vergeben. Die alten Bundesländer bleiben weiterhin aufgefordert, ihr Einkaufsvolumen bei ostdeutschen Produkten entsprechend auszuweiten.

Die Erneuerung und Sicherung industrieller Kerne ist, wie im Solidarpakt verabredet, eine eigenständige politische Aufgabe. Dies bedeutet insbesondere, daß für Unternehmen, die nach gemeinsamer Auffassung der Treuhandanstalt und des jeweiligen Landes sanierungsfähig sind, für die jedoch mangels Interessenten der Weg derzeit nicht über die Privatisierung



gegangen werden kann, ein Sanierungsweg über entsprechende Programme gefunden werden muß.

Die Politik der Erneuerung industrieller Kerne und die Gewinnung industriell leistungsfähiger Regionen als Wachstums- und Entwicklungspole bieten auch dem Mittelstand neue Betätigungsfelder.

Erneuerte industrielle Kerne und infrastrukturell attraktiv ausgestattete und ökologisch sanierte Regionen sind darüber hinaus ein wichtiger Ausgangspunkt für den Aufbau einer konkurrenzfähigen Industrie in den neuen Bundesländern, insbesondere im Blick auf die Entfaltung einer exportorientierten Produktion.

## 2.8 Erschließung neuer Beschäftigungsfelder

In Deutschland eröffnen sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch den konsequenten Vorstoß in neue Technologien und industrielle Felder und durch zukunftssträchtige Dienstleistungen. Die gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere der veränderte Altersaufbau, lassen neue Arbeitsplätze auch in Bereichen entstehen, die bisher in der Familie oder zwischen den Generationen ausgefüllt wurden. Deshalb muß der, der hier Arbeitsplätze schafft, etwa der Privathaushalt, verstärkt als Arbeitgeber anerkannt werden.

- Die Pflegeversicherung, die wir weiterhin unbedingt wollen, wird viele Pflegebedürftige in die Lage versetzen, Angebote häuslicher Pflege nachzufragen und zu bezahlen. Dieser Nachfrage muß durch qualifiziertes Personal entsprochen werden. Viele Pflegeheime suchen jetzt schon Pflegekräfte. Hier sind besonders auch die Arbeitslosen angesprochen, sich auf diese Aufgaben vorzubereiten. Dafür müssen verstärkt entsprechende Kurse und Ausbildungsgänge angeboten werden.
- Auch im Bereich der Kinderbetreuung und -erziehung gibt es erhebliche Nachfrage nach Arbeitskräften. Um Beschäftigung in der Familie zu fördern, sollen künftig Pflege-, Haushalts- und Erziehungshilfen im Rahmen regulärer Beschäftigung steuerlich absetzbar sein, sofern nicht direkte staatliche Zuschüsse gewährt werden. Neben einem zusätzlichen Bedarf an Erzieherinnen durch den Ausbau von Kindergartenplätzen kann durch die Schaffung von Möglichkeiten der Kinderbetreuung und -erziehung, etwa von Tagesbetreuungsplätzen in häuslicher Umgebung bei Tagesmüttern, für ein breites und dabei kostengünstiges Angebot gesorgt werden.
- Moderne Kommunikationstechnik schafft neue Chancen auch für Arbeitsplätze zu Hause, denn viele Tätigkeiten, die früher ausschließlich im Betrieb ausgeführt werden konnten, sind heute auch in der häuslichen Umgebung des Beschäftigten durchführbar. Gerade für Arbeitnehmer, die neben der



Erwerbstätigkeit auch Kinder erziehen, bietet sich hier die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hier sind Ideen gefragt und von den Betriebsräten und Unternehmensleitungen in die Praxis umzusetzen.

● Bereits heute entsteht in großem Umfang Beschäftigung im Freizeitsektor, denn bei mehr Freizeit und steigenden Einkommen wächst auch das Interesse an neuen Formen der Freizeitgestaltung. Beispiele in anderen Ländern zeigen, daß bei uns noch große Entwicklungsmöglichkeiten bestehen.

Gerade in diesen neuen Beschäftigungsfeldern können Mütter und Väter, die nach Zeiten der Kindererziehung den Wiedereinstieg in den Beruf suchen, eine echte Chance erhalten. Auch hierauf sind Ausbildungs- und Qualifizierungsanstrengungen auszurichten.

### 3. Die Beschäftigung fördern

Die mittel- und langfristig angelegte Strategie der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland bedarf gerade in dieser historischen Umbruchsituation der Begleitung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Ziel ist es hierbei, Arbeitslosigkeit zu vermeiden, die Folgen von Arbeitslosigkeit zu mindern und möglichst vielen Menschen zu neuer Beschäftigung zu verhelfen.

#### 3.1 Ursachen der Arbeitslosigkeit

Hohe Arbeitslosigkeit darf dauerhaft nicht hingenommen werden. Vor allem auf folgende Entwicklungen müssen Politik und Tarifpartner jetzt reagieren:

● Das Arbeitskräfteangebot in den alten Bundesländern ist aufgrund der demographischen Entwicklung und der Zuwanderungen kräftig gestiegen. Außerdem haben verbesserte Ausbildung, geringerer Umfang der Familienpflichten sowie die zunehmende Teilnahme der Frauen am Erwerbsleben zu erhöhter Nachfrage nach Arbeitsplätzen geführt. So ist die Arbeitslosigkeit von 1984 bis 1992 nur um 600.000 Personen gesunken, obwohl die Beschäftigung um mehr als 3 Millionen zunahm und im Jahr 1992 mit 29,5 Millionen ihren bisherigen Höhepunkt erreichte.

● Steigende Lohnkosten insbesondere in den unteren Lohngruppen haben zahlreiche Beschäftigungsformen und Arbeitsplätze unrentabel gemacht. Sie wurden durch den Einsatz von Technik ersetzt oder in Niedriglohnländer verlagert.



- Die Lohnstückkosten sind auch dadurch gestiegen, daß Arbeitszeitverkürzung in der Vergangenheit überwiegend mit direktem oder indirektem Lohnausgleich verbunden war und so nur einen geringen Beitrag für mehr Beschäftigung geleistet hat.
- In den neuen Ländern existierten nur sehr wenige wettbewerbsfähige Arbeitsplätze. Das hohe Tempo des vollständigen Umbaus führt zu besonderen Problemen für die Arbeitnehmer. Viele von ihnen müssen sich innerhalb kurzer Zeit völlig umstellen. Die Anforderungen an ihre Qualifikation und Mobilität sind beträchtlich.
- Mit hohen Lohnnebenkosten und Tarifen, starren arbeitsrechtlichen Regelungen sowie sinkenden Arbeitszeiten wächst auch die Schwarzarbeit, die reguläre Beschäftigung verdrängt. Durch die Schattenwirtschaft gehen dem Staat Steuern und dem Sozialsystem Beiträge verloren, ohne daß sich gleichzeitig auch die Ansprüche an die Gemeinschaft und die Sozialversicherung entsprechend verringern.

## 3.2 Herausforderungen an die Tarifpartner

Diese Feststellungen können nicht ohne Konsequenzen bleiben und erfordern Lösungen auch jenseits eingefahrener Gleise in der Arbeitsmarktpolitik. In der Bevölkerung wächst die Bereitschaft, für Investitionen in den Erhalt und die Zukunft des Arbeitsplatzes auch auf vorhandene Besitzstände zu verzichten. Ein Schlüssel zur Vermeidung, zumindest aber zur Verringerung von Arbeitslosigkeit liegt bei Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Tarifpartner sind in der Pflicht, nicht nur über bestehende Beschäftigungsverhältnisse zu verhandeln, sondern auch für mehr produktive Beschäftigung zu sorgen.

### 3.2.1 Neue Wege in der Lohn- und Gehaltspolitik

Die Lohnabschlüsse der nächsten Jahre müssen besonders an der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen orientiert sein. Die Tarifpartner sollten daneben auch neue Wege in der Lohnpolitik beschreiten. Die CDU Deutschlands schlägt hierzu vor:

- Die vorhandene Differenzierung der Tarifverträge muß besser als bisher genutzt werden. Es ist zu prüfen, wo weiter differenziert werden kann.
- Im Rahmen tariflicher Vereinbarungen kann neben dem zu zahlenden Standard-Bruttolohn eine zweite Lohnkomponente vereinbart werden, die sich am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens orientiert. Durch diesen Kombi-Lohn kann erreicht werden, daß die Entwicklung der Personal-



kosten zumindest teilweise an die wirtschaftliche Entwicklung der laufenden Periode gekoppelt bleibt.

- Statt einer Erfolgsbeteiligung als zweiter Lohnkomponente kann Lohn steuerbegünstigt auch in Form von Unternehmensbeteiligungen bezahlt werden (Investivlohn). Die Tarifpartner sind aufgefordert, bereits bestehende Möglichkeiten auszuschöpfen und neue Wege zu gehen. Die Finanzpolitik soll für diese Art der Lohnzahlung, die gleichzeitig Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand darstellt, die Steuerbegünstigungen verbessern, z.B. durch eine Erhöhung des Freibetrages bei Überlassung von Beteiligungen.
- Die Tarifpartner sind aufgefordert, für weniger leistungsfähige Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose gesonderte Einstiegstarife vorzusehen und auch anzuwenden, um deren geringerer Arbeitsproduktivität Rechnung zu tragen.

### 3.2.2 Flexibilisierung der Arbeitszeit

Schon in der Vergangenheit hat die Flexibilisierung von Arbeitszeiten entlastend auf den Arbeitsmarkt gewirkt. Die CDU hat bereits auf ihrem Bundesparteitag in Stuttgart 1984 klare Aussagen zu flexiblen Arbeitszeiten und Arbeitszeitverkürzung gemacht. Hiervon ausgehend stellt die CDU fest:

- Je mehr Dauer und Formen der Arbeitszeit den individuellen Wünschen der Arbeitnehmer entsprechen, desto mehr Arbeitsplätze werden geschaffen. Eine flexibler gestaltete Arbeitszeit sollte daher Vorrang vor einer generellen Verkürzung haben.
- Arbeitszeitverkürzungen müssen auf die Organisations- und Produktionsstrukturen in den unterschiedlichen Bereichen und bei unterschiedlichen Betriebsgrößen Rücksicht nehmen, wenn sie dem Abbau der Arbeitslosigkeit dienen sollen.
- Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht zu erhöhten Kosten für die Unternehmen führen, weil damit als Folge erhöhter Arbeitskosten weitere Arbeitsplätze gefährdet wären.
- Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung können aber auch nicht dauerhaft zu Lasten der Kassen der Sozialversicherung gehen.
- Für die CDU hat eine flexible Gestaltung der Lebensarbeitszeit Vorrang, weil sie dem Bürger ein größeres Maß an Wahlfreiheit einräumt.
- Über Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit haben die Tarifvertragsparteien gemeinwohlverantwortlich unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen, der branchenspezifischen und einzelbetrieblichen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten zu entscheiden.



Bei der Gestaltung neuer Arbeitszeitmodelle und bei der Schaffung von mehr Teilzeitarbeit ist deshalb die Kreativität der Tarifpartner besonders gefordert, der Staat kann diese Bemühungen nur unterstützen:

- Bereits heute gibt es vielfältige Modelle flexibler Tages-, Wochen-, Monats- und Jahresarbeitszeiten, die den Wünschen der Arbeitnehmer und den Interessen der Arbeitgeber gleichermaßen entsprechen. Das zügig zu verabschiedende Arbeitszeitrechtsgesetz des Bundes schafft hier weitere neue Möglichkeiten, Maschinenlaufzeiten zu verlängern und Arbeitsabläufe mit technischen Erfordernissen zu harmonisieren.
- Eine besondere Form der für Unternehmen und soziale Sicherungssysteme kostenneutralen Arbeitszeitverkürzung ist die Teilzeitarbeit. Sie ist ein Weg zur Schaffung neuer und Sicherung bestehender Arbeitsplätze. Denn wäre die Teilzeitarbeit bei uns so weit verbreitet wie zum Beispiel in den Niederlanden, gäbe es 2 Millionen Arbeitsplätze mehr. Über Teilzeitarbeit im Einzelfall zu entscheiden, ist Sache der Betriebspartner.
- Der Staat kann insbesondere Teilzeitarbeit dadurch fördern, daß Umsteiger von Vollzeit- zu Teilzeitarbeit für eine begrenzte Anzahl von Jahren Bestandschutz für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten, wenn sie eine bestimmte Anzahl von Jahren vollerwerbstätig waren. So braucht ein Umsteiger nicht zu befürchten, im Falle von Arbeitslosigkeit schlechter gestellt zu sein als vorher. Gleiches gilt für früher längere Zeit vollzeitbeschäftigte Arbeitslose, die Vollzeitarbeit anstreben, aber Teilzeitarbeit annehmen.
- Der öffentliche Dienst muß seiner Vorreiterrolle weiterhin gerecht werden und Teilzeitarbeit ausbauen. Sein Dienstleistungsangebot ist an die flexiblen Arbeitszeiten im privaten Sektor anzupassen. Die CDU will hier eine neue Offensive für mehr Teilzeitarbeit.
- Die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Teilrente ab dem 60. bzw. 63. Lebensjahr (Frauen/Männer) wird bisher nur unzureichend genutzt. Teilrente ist jedoch nicht nur ein humanes Instrument zur Gewährleistung des gleitenden Übergangs aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand, sondern auch ein Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Zur Förderung der Inanspruchnahme von Teilrente sollen deshalb berechnete Arbeitnehmer zukünftig gegenüber dem Arbeitgeber einen Rechtsanspruch auf Teil-Erwerbstätigkeit bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Teilrente haben.
- Darüber hinaus sollten private und betriebliche Alterssicherungssysteme ebenfalls die Teilrente vorsehen. Eine Harmonisierung ist hier überfällig.



### 3.3 Schärfung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Die Begleitung der wirtschafts-, finanz- und tarifpolitischen Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik ist angesichts der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation unerlässlich. Sie bildet eine Brücke, bis die Wirtschaft wieder mehr zukunftssichere Arbeitsplätze bereitstellt und soll auf bewährten Instrumenten des Arbeitsförderungsgesetzes, des Beschäftigungsförderungsgesetzes und anderer gesetzlicher Regelungen aufbauen sowie neue Instrumente miteinbeziehen. Die Wirksamkeit solcher Instrumente ist in erster Linie danach zu bewerten, ob das Ziel einer anschließend dauerhaften regulären Beschäftigung erreicht werden kann. Gleichzeitig sind die Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik auch mit den Instrumenten der Förderung der Wirtschaft und dem Ziel der Entlastung öffentlicher Haushalte zu verbinden.

#### Hier schlägt die CDU vor:

- Das Beschäftigungsförderungsgesetz ist über 1995 hinaus zu verlängern.
- Die Bestimmungen der Zumutbarkeitsanordnung für Arbeitssuchende sind konsequent anzuwenden. Insbesondere ist verstärkt von Arbeitslosen zu verlangen, mobil zu sein.
- Die Modellversuche zur Öffnung der Arbeitsvermittlung für private Anbieter sind auszudehnen, die Ergebnisse zügig auszuwerten und umzusetzen. Für Tätigkeiten, die in der Regel einen akademischen Abschluß voraussetzen oder spezieller Natur sind, ist wie bei Führungspersonal die Vermittlung schon heute generell jedem Interessierten freizustellen.
- Die Möglichkeiten der Beschäftigung von Ausländern aus Ländern außerhalb der Europäischen Union sind zurückzuführen. Im Jahr 1993 haben immerhin fast 180 000 dieser Ausländer in Deutschland Saisonarbeit ausgeführt. Insbesondere ist die Genehmigung von Saisonarbeit für Arbeitnehmer von außerhalb der Europäischen Union dort zu versagen, wo hierfür jüngere inländische Arbeitslose zur Verfügung stehen. Ist diese Saisonarbeit für Arbeitslose unabhängig vom erlernten oder ausgeübten Beruf zumutbar, kann die Arbeitslosenunterstützung bei Arbeitsverweigerung für 12 Wochen



gesperrt und im Wiederholungsfall entzogen sowie die Sozialhilfe eingeschränkt werden. Für die mit der Aufnahme der Saisonarbeit verbundenen besonderen Aufwendungen erhält der so vermittelte Saisonarbeiter eine angemessene pauschalierte Beihilfe.

- Mißbrauch von Sozialleistungen und Hinterziehung von Sozialversicherungsabgaben und Steuern sowie die Erschleichung von Subventionen muß weiterhin entschieden bekämpft werden. Die in den letzten Monaten bereits erzielten Erfolge belegen, daß Betrug in diesen Bereichen nicht auf wenige Einzelfälle beschränkt ist. Verstärkt sollte zusätzliches Personal der Zollverwaltung im Kampf gegen illegale Beschäftigung eingesetzt werden. Als Tatbestandsmerkmal für Schwarzarbeit soll zukünftig die Ausführung von Dienst- und Werkleistungen in erheblichem Umfang ausreichen. Wird Schwarzarbeit in einem Betrieb festgestellt, der als Subunternehmer für den Hauptauftragnehmer tätig ist, soll auch gegen den Hauptauftragnehmer ein Bußgeld verhängt werden können. Wer Arbeitnehmer illegal beschäftigt hat, soll außerdem auf Zeit von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden.

- Darüber hinaus ist dafür Sorge zu tragen, daß zwischen Erwerbseinkommen und Sozialeinkommen ein ausreichender Abstand besteht.

- Für alle staatlich subventionierten Arbeitsverhältnisse soll gelten, daß Zuschüsse zum Lohn nur noch gewährt werden, soweit 80 Prozent des vergleichbaren Entgeltes für ungeforderte Arbeit nicht überschritten werden. Auch bei höherwertigen Tätigkeiten darf der allgemeine Durchschnittslohn als Obergrenze nicht überschritten werden. Die Tarifparteien sind aufgefordert, für in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigte Personen gesonderte Tarife zu diesen Bedingungen zu vereinbaren.

- Zur Abrundung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums können in den nächsten fünf Jahren Lohnkostenzuschüsse für bestimmte Arbeiten nach dem Vorbild des in Ostdeutschland geltenden § 249 h AFG auch in jenen Regionen der westlichen Bundesländer gewährt werden, die von strukturellen Krisen besonders stark betroffen sind. Auch hier gilt die 80 Prozent-Regelung. Träger von Maßnahmen des Umweltschutzes, der Jugendhilfe und der sozialen Dienste sollen in den neuen Bundesländern und in Krisengebieten im Westen Zuschüsse in Höhe des eingesparten pauschalierten Arbeitslosenentgeltes erhalten, wenn sie Personen beschäftigen, die vorher Bezieher von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit waren. Diese Arbeiten müssen in den alten Bundesländern zusätzlich zu Tätigkeiten anfallen, die im Rahmen regulärer Beschäftigung ausgeführt werden. Sie sind wo immer möglich auszuschreiben.

Zur Mitfinanzierung dieser Arbeitsverhältnisse sollen auch Mittel verwendet werden, die seitens der Arbeitgeber als soziale Komponente bei Entlassungen vorgesehen sind.



- Für Empfänger von Sozialhilfe soll „Hilfe zur Arbeit“ gemäß § 19 BSHG im Rahmen von Sozialrechtsverhältnissen durchgeführt werden. Darüber hinaus können öffentliche Arbeitgeber oder freigemeinnützige Träger Empfänger von Arbeitslosenhilfe im Rahmen von freiwilligen Gemeinschaftsarbeiten beschäftigen, wenn sie den Beschäftigten hierfür einen angemessenen Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung zahlen. Diese Sozialrechtsverhältnisse können beiderseitig jederzeit aufgehoben werden, wenn der Arbeitslose in reguläre Beschäftigung vermittelt wird.
- Wir wollen, daß Sozialhilfeempfänger ermutigt werden, auch niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen. Zur Förderung von Beschäftigung in niedrigqualifizierten Tätigkeiten soll deshalb im Rahmen der Rechtsverordnung zum § 76 III BSHG der Mehrbedarfzuschlag auf den Regelsatz der Sozialhilfe in einen prozentualen Freibehalt des beschäftigten Arbeitnehmers von seinem selbst erzielten Erwerbseinkommen umgewandelt werden. Hierdurch kann erreicht werden, daß sich auch die Aufnahme einer niedrigbezahlten Tätigkeit selbst dann lohnt, wenn der Anspruch des Beschäftigten auf Sozialhilfe das eigene Einkommen übersteigt.
- Bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem § 91 ff AFG ist zukünftig zu verlangen, daß der Arbeitgeber die Verpflichtung zu Weiterbeschäftigung bereits ab dem zweiten Jahr der Beschäftigung abgibt und auch einhält. Entsprechende Konventionalstrafen zugunsten des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit sind anderenfalls unverzüglich zu verhängen.
- Fortbildung und Qualifizierung im Rahmen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen muß verstärkt darauf gerichtet sein, jungen Arbeitskräften aus nicht mehr wettbewerbsfähigen Branchen neue Berufschancen zu eröffnen. Denn es ist sinnvoller und gegenüber den Betroffenen ehrlicher, ältere Arbeitnehmer in diesen Betrieben in regulärer Beschäftigung zu halten, statt jungen Menschen in alten Strukturen den Eindruck zu vermitteln, ihr Arbeitsplatz sei sicher.